



Landkreis Potsdam-Mittelmark

Der Landrat

Landkreis Potsdam-Mittelmark • Postfach 1138 • 14801 Bad Belzig

Vorab per Mail mail@cad-kunze.de
CAD-Planung Kunze GmbH
Freiberger Straße 5
09569 Oederan



26. MRZ. 2024

CAD-Planung Kunze GmbH

Dienststelle: Dezernat 4
Bauen, Umwelt und Kataster
Fachdienst Denkmalschutz und Öffentliches Recht
Potsdamer Straße 18a, 14513 Teltow
Auskunft erteilt:
Frau Dorn

Telefon (Durchwahl) **Telefax**
03328 318-541 03328 318-559
E-Mail ToeB@Potsdam-Mittelmark.de

Aktenzeichen **Datum**
00705-24-60 21.03.2024

Vorhaben

Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange gem. § 4a Abs. 3 BauGB zu dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes BP 18 "Solarpark Altbensdorf" der Gemeinde Bensdorf

Grundstück Bensdorf, ~

Gemarkung	Bensdorf	Bensdorf	Bensdorf	Bensdorf
Flur	38	38	38	38
Flurstück	u.a.	4	5	6

Sehr geehrter Herr Kunze,

mit Ihrem Schreiben vom 15.02.2024 bitten Sie um Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange zu dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes 18 „Solarpark Altbensdorf“ der Gemeinde Bensdorf mit Stand der Unterlagen vom 26.01.2024.

Folgende Fachdienste des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurden beteiligt und geben nachstehende Einwendungen aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit sowie allgemeine Hinweise.

Diese Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entspricht keiner vollumfänglichen rechtsaufsichtlichen Prüfung.

• Fachdienst Umwelt

Untere Wasserbehörde

Wasserrechtliche Belange stehen dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes BP 18 "Solarpark Altbensdorf" der Gemeinde Bensdorf gegenwärtig nicht entgegen.

I. Einwände

Keine

II. Hinweise

1) Grundwasser

Der Flurabstand entspricht laut GIS ca. 1 - 3 m uGOK. Damit liegt im Bereich des geplanten Planvorhabens eine hohe Grundwassergefährdung vor. Die Pfähle, auf denen die PV-Anlagen errichtet werden, sind korrosionsbeständig herzustellen.

2) Oberflächengewässer

Das WHG enthält mit dem § 38 eine Vorschrift zum Schutz von Gewässerrandstreifen. Die Vorschrift regelt die Zweckbestimmung von Gewässerrandstreifen (Absatz 1), die räumliche Ausdehnung (Absätze 2 und 3) und die in den Gewässerrandstreifen geltenden Verbote (Absätze 4 und 5).

3) Löschwassererschließung

Sollen Löschwasserbrunnen innerhalb des Brandschutzkonzeptes eingeplant werden, sind diese bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen. Die UWB bevorzugt Brunnen die in dem obersten Unbedeckten Grundwasserleiter ausgebaut werden.

4) Batteriespeichersystemen (BSS)

Noch immer arbeitet eine Arbeitsgruppe eines Bund-Länder-Arbeitskreises an der Formulierung eines Merkblattes zum Thema Batteriespeicher.

Derzeit wird davon ausgegangen, dass bei Batterien mit CE-Kennzeichnung, die in Batteriespeichern von weiteren dichten/ beständigen Hüllen umgeben sind (Module, Racks, Batteriegehäuse), kein Besorgnisansatz einer Gewässerverunreinigung durch flüssige Leckagen gesehen wird. So wird ein Container mit Auffangwanne als völlig ausreichend angesehen um Leckage effektiv zurückzuhalten.

Zum Thema Löschwasser-Rückhaltung ist zunächst festzustellen, dass das Szenario "Kontrollierter Abbrand ohne Einsatz von Lösch- und Kühlwasser" offenbar zunehmend Verbreitung findet.

Einschub: Bei Bränden von Lithium-Ionen-Zellen/ -Modulen können Gase freigesetzt werden, die zu einem Druckanstieg, ggf. zu explosionsartigen Ereignissen führen können. Unter Umständen sind in der Folge partielle Zerstörungen der Containerwände/ der Türen zu erwarten. Werden unter diesen Umständen die Energiespeicher-Container (EES) gelöscht, bzw. gekühlt, kann dies zu einem Anfall von kontaminierten Löschwasser führen. Die Folge ist eine nicht abzuwendende schädliche Veränderung der Grundwasserqualität. Um dem vorzubeugen, sind Brände von ESS ohne Zufuhr von Löschwasser für die gesamte Dauer des Brandes kontrolliert abbrennen zu lassen.

Unerlässlich und Grundlage für die Prüfung und Bewertung der Löschwasser-Rückhaltung aus Sicht der AwSV ist das Brandschutzkonzept einer Anlage. Hierin sind alle Maßnahmen zum vorbeugenden sowie zum abwehrenden Brandschutz zu beschreiben. Der vorbeugende Brandschutz ist Aufgabe der Bauaufsicht, der abwehrende die der Feuerwehr.

Sofern gemäß bestätigtem Brandschutzkonzept kein Einsatz von Löschwasser und Schaummitteln vorgesehen ist und auch kein verunreinigtes Berieselungs- oder Kühlwasser anfällt (Szenario kontrollierter Abbrand), ist vorstellbar im Einzelfall auf eine Löschwasserrückhaltung zu verzichten. Nach einem Brand sicherzustellen ist jedoch die umgehende Entsorgung und/oder Sicherung der (festen) Brandrückstände, um bei möglichen Niederschlägen auszuschließen, dass kontaminiertes Niederschlagswasser anfällt, welches in den Boden versickert oder ggf. in ein Gewässer/ in das Grundwasser gelangt.

Schotter als Untergrund wird daher als nicht geeignet angesehen.

Der Austritt von flüssigem Elektrolyt ist vermutlich bei einem Abbrand nicht zu befürchten. Bei den zu erwartenden, sehr hohen Temperaturen wird er eher vollständig verdampfen.

§ 20 AwSV fordert nicht nur die Rückhaltung für Lösch-, Berieselungs- und Kühlwasser, sondern auch für austretende wassergefährdende Stoffe und für Verbrennungsprodukte mit wassergefährdenden Eigenschaften. Allerdings wird nun vom Ministerium hierfür eine Bodenfläche in herkömmlicher Beton- oder Asphaltbauweise für ausreichend erachtet. Sie soll gewährleisten, dass entsprechende Rückstände vollständig aufgenommen werden können. Die Forderung nach einer flüssigkeitsundurchlässigen Fläche nach

§ 18 Abs.2 AwSV/ nach der TRwS 786 (Dichtflächen) wird nach derzeitigen Kenntnisstand für die Rückhaltung von festen Brandrückständen für unverhältnismäßig erachtet.

Um einen Brand eines EES auch ohne aktives Löschen oder Kühlen zu begegnen, sind die einzelnen EES z.B. durch Brandschutzwände zur jeweils nebenstehenden Systemeinheit abzuschotten. In diesem Fall kann auch von einer baulichen Löschwasserrückhaltevorrückung abgesehen werden, da im Brandfall kein Wasser zum Löschen oder Kühlen der EES eingesetzt wird. Das eingesetzte Wasser zum Schutz der Umgebung wird nicht mit wassergefährdenden Stoffen kontaminiert. Daraus folgt:

- Kein Löschen oder Kühlen eines brennenden EES
- Lediglich Schutz der Umgebung mit Wasser vor Beeinträchtigung
- Errichtung von Brandschutzwänden (T-Wände) beidseitig eines jeden Speichercontainers
- Errichten einer befestigten Oberfläche unterhalb der Container zum Rückhalt ggf. während eines Brandes anfallender Brandrückstände.

Die Immissionsbelastung bei einem unvorhersehbaren Brandereignis, das nicht gelöscht werden darf, ist zu diskutieren.

Ergänzender Hinweis zu den Energiespeichern (EES)

Gemäß § 14 Abs. 1 AwSV obliegt dem Betreiber die Anlagendokumentation. Die Bestimmung und Abgrenzung von Anlagen kann je nach Betrachtungsweise insbesondere bei Verwendungsanlagen, zu unterschiedlichen Ergebnissen führen.

Stationäre (elektrische) Energiespeicher (EES), in denen Lithium-Ionen-Akkus verwendet werden, werden generell als HBV-Anlagen betrachtet. Lithium-Ionen-Akkus werden gemäß § 39 Abs. 10 AwSV im Regelfall die Wassergefährdungsklasse (WGK 3) zugeschrieben.

Die Gefährdungsstufe (GFS) ermittelt sich gemäß § 39 Abs.1 AwSV aus dem maßgebenden Volumen bzw. der maßgebenden Masse der in der Anlage vorhandenen wassergefährdenden Stoffe (wgS) und der maßgebenden WGK.

Das maßgebende Volumen/ die maßgebende Masse einer Anlage bestimmt sich aus der Summe der Volumina/ Massen aller in der Anlage vorhandenen wgS.

Sind wie in einer Lithium-Ionen-Zelle/ einem Akku feste und flüssige Stoffe gleichzeitig vorhanden, sind die Angaben für die Masse der festen Stoffen (t) und für das Volumen der flüssigen Stoffe (m³) zu addieren. Diese Summe ist dann mit der Anzahl der in der Anlage vorhandenen Zellen bzw. Akkus zu multiplizieren. Das Produkt ist als maßgebendes Volumen/ Masse der Anlage in die Tabelle des § 39 Abs.1 AwSV einzusetzen. Liegen keine belastbaren Masse- oder Volumenangaben zu den wassergefährdenden Inhaltsstoffen einer Zelle/ eines Akkus vor, wird empfohlen, das Gesamtgewicht der Zelle/ des Akkus zu verwenden

Die Anforderungen gemäß AwSV ergeben sich direkt aus der GFS der Anlage, z. B. die Eignungsfeststellung, Betriebsanweisung oder sind neben der GFS auch noch von der Anlagenart und dem Aggregatzustand abhängig, wie z. B. die Fachbetriebs- und Sachverständigenprüfpflicht.

Die Pflicht zur Vorhaltung einer Betriebsanweisung ergibt sich aus § 44 AwSV.

Es ist in der Planung festzustellen, ob gemäß § 45 AwSV eine Fachbetriebspflicht besteht. Hierzu ist die „fiktive“ Gefährdungsstufe vom Betreiber zu ermitteln und anzugeben. Die „fiktive“ GFS berechnet sich für die flüssigen wgS aus dem Volumen und der WGK der flüssigen Anteile und für die festen wgS aus der Masse und der WGK der festen Anteile. Kann das flüssige Volumen nicht sicher ermittelt werden, sind näherungsweise 20 % der gesamten Masse / des gesamten Volumens an wgS nach § 39 AwSV anzusetzen. Bezüglich der flüssigen wgS hängt die Prüfpflicht bei oberirdischen Anlagen von der GFS ab. Wie bei der Fachbetriebspflicht (siehe oben) ist eine „fiktive“ GFS nur aufgrund des flüssigen Anteils zu ermitteln.

In der Regel verfügen elektrische Energiespeicher über ein Batteriemanagementsystem (BMS), das nicht betriebsgemäße Abweichungen bezüglich Spannung, Strom, Temperatur unverzüglich erkennt. Sofern der Nachweis geführt wird, dass auch die durch eine Leckage bedingten Abweichungen vom BMS erkannt werden sowie eine Alarmierung und Gegenmaßnahmen auslösen, kann das Rückhaltevolumen auf das bis zum Wirksamwerden der Gegenmaßnahmen ausgetretene Flüssigkeitsvolumen beschränkt werden.

Ergänzender Hinweis zur potenziellen Löschwasser-Rückhaltung

Es wird auf Abschnitt 2.1 der Löschwasser-Rückhalte-Richtlinie (LöRüRI) verwiesen.

Eine Umrechnung der in einem Container vorhandenen WGK 2- und WGK 3-Stoffe ergeben je EES Mengen an WGK-1-Stoffen, die im dreistelligen Tonnen Bereich liegen.

Diese Masse übersteigt den entsprechenden Schwellenwert der LöRüRI. Die Anwendbarkeit der LöRüRI eröffnet sich über Abschnitt 5.4 der TRwS 779 (Juni 2023).

Untere Abfallwirtschaftsbehörde

Abfallrechtliche Belange stehen dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes BP 18 "Solarpark Altbensdorf" der Gemeinde Bensdorf gegenwärtig nicht entgegen.

1. Einwendungen

a) Einwendungen.

Die UAWB hat keine fachlichen Einwendungen zum geplanten Vorhaben.

b) Rechtsgrundlage:

- Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz – KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I S. 212). Zuletzt geändert durch Art. 20 des Gesetzes v. 10.08.2021 (BGBl. I S. 3436)
 - Verordnung über die Bewirtschaftung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung - GewAbfV) vom 18. April 2017 (BGBl. I S. 896), zuletzt geändert durch Artikel 4 der Verordnung vom 9. Juli 2021 (BGBl. I S. 2598)
 - Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz (BbgAbfBodG) vom 06.06.1997. Zuletzt geändert durch Art. 2 Absatz 7 des Gesetzes vom 25.01.2016 (GVBl.I/16, [Nr. 5]).
- c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):

Nicht erforderlich.

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

Keine Hinweise.

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

Keine Hinweise.

4. Weitergehende Hinweise

1.

Abfälle, die im Rahmen von Baumaßnahmen anfallen, sind gemäß §§ 7 ff. des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) getrennt zu halten und einer stofflichen oder energetischen Verwertung zuzuführen, soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Auch anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist Abfall im Sinne dieses Gesetzes und zu entsorgen.

Anfallender Bodenaushub, der nicht vor Ort wiederverwendet wird, ist vor der Entsorgung auf Schadstoffe zu untersuchen. Die Probenahme und Analytik hat nach den Vorgaben der Mitteilung 32 der Länderarbeitsgemeinschaft Abfall, PN 98 zu erfolgen. Ab dem 01.08.2023 sind diesbezüglich die Anforderungen gemäß Abschnitt 3, Unterabschnitt 2 ErsatzbaustoffV einzuhalten. Hierfür dürfen ausschließlich akkreditierte Labore beauftragt werden.

Die gesetzliche Pflicht zur Abfalltrennung entsprechend § 9 KrWG gebietet einen qualifizierten und kontrollierten Umgang mit Abfällen. Eine Vermischung unterschiedlicher Abfallarten ist unzulässig. Baustellen sind daher so einzurichten, dass u. a. nicht verwendete Baustoffe, Bauschutt, Bodenaushub, Glas, Kunststoffe, Metalle, Holz sowie Papier und Pappe getrennt erfasst werden. Zur Erfüllung der Getrennthaltungspflicht sind in ausreichendem Maße Sammelbehälter bereitzuhalten.

Nicht verwertbare Abfälle sind gemäß § 15 KrWG gemeinwohlverträglich zu beseitigen. Für die Entsorgung (Verwertung oder Beseitigung) sind ausschließlich dafür zugelassene und geeignete Unternehmen heranzuziehen. Die Verantwortung obliegt dem Bauherrn.

Entsorgungsbelege wie Rechnungen, Wiegescheine, Übernahmescheine, etc. sind aufzubewahren (Dokumentation) und bei der Unteren Abfallwirtschaftsbehörde auf Verlangen einzureichen.

3.

Sollte ein Einbau aufbereiteter mineralischer Abfälle (z. B. Recyclingmaterial - RC) vorgesehen sein, setzen Sie sich bitte umgehend mit dem FD 46 des Landkreises Potsdam-Mittelmark in Verbindung.

Untere Bodenschutzbehörde

Die Forderung der Unteren Bodenschutzbehörde nach einer Bodenkundlichen Baubegleitung wurde in die textlichen Festsetzungen des B-Planes unter den Punkt 7.1 Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB): CEF 2 übernommen.

Das Bodenschutzkonzept als Grundlage der Bodenkundlichen Baubegleitung ist mit der Unteren Bodenschutzbehörde im Vorfeld der Bebauung abzustimmen. (Aus der Darstellung und Bewertung der vorhandenen Böden mit ihren Bodenfunktionen sind Maßnahmen zum Schutz der Böden während des Zeitraums der Nutzung und in den Bauphasen abzuleiten. Dies betrifft insbesondere verdichtungsempfindliche Böden und Böden mit für Brandenburg vergleichsweise hohen Bodenwertzahlen (> 33).)

Eine Dokumentation der Bodenkundlichen Baubegleitung ist der Unteren Bodenschutzbehörde im Anschluss an das Bauvorhaben zu übergeben.

Untere Naturschutzbehörde

A. Einwendungen

Keine.

B. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts

Keine.

C. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen

Die Gemeinden überwachen gemäß § 4c BauGB die erheblichen Umweltauswirkungen, die auf Grund der Durchführung der Bauleitpläne eintreten, um insbesondere unvorhergesehene nachteilige Auswirkungen frühzeitig zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Maßnahmen zur Abhilfe zu ergreifen; Gegenstand der Überwachung ist auch die Durchführung von Darstellungen oder Festsetzungen nach § 1a Absatz 3 Satz 2 BauGB und von Maßnahmen nach § 1a Absatz 3 Satz 4 BauGB (Eingriffsregelung).

Für den Fall, dass artenschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen keinen hinreichenden Erfolg haben, sind sie anzupassen oder alternative Maßnahmen zu entwickeln und bis zum Einstellen des Erfolges durchzuführen.

Die Ausgleichsmaßnahmen sind so lange zu unterhalten, wie die ihr zugrundeliegenden Beeinträchtigung von Arten anhält.

D. Weitergehende Hinweise

Rechtserhebliche Hinweise

1) Gemeinsame Arbeitshilfe PV-FFA des MLUK, MIL und MWAE

Die Berücksichtigung der „Gemeinsamen Arbeitshilfe Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) – Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen im Land Brandenburg“ (MLUK, MIL und MWAE [Hrsg.], 2023; <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/aktuelles/presseinformationen/detail/~23-08-2023-ausbau-erneuerbarer-energien>) wird empfohlen.

Danach ist bei der Planung von PV-FFA auf Flächen des landesweiten Biotopverbundes darauf zu achten, dass dessen Funktionsfähigkeit gewährleistet wird.

2) B-Plan ./ Biotopverbund

Der vorhabenbezogene Bebauungsplan BP 18 „Solarpark Altbensdorf“ der Gemeinde Bensdorf (im Folgenden: B-Plan) liegt dem Landschaftsprogramm Brandenburg zufolge innerhalb des landesweiten Biotopverbundes, namentlich im „Korridor für waldgebundene Arten mit großem Raumbedarf (1 km Breite)“ (<https://mluk.brandenburg.de/n/biotopverbund/Fachdaten/LaPro-Biotopverbund-Karte-3-7-600dpi-Vorentwurf.pdf>).

Als landesweite Ziele für die Arten mit großem Raumanspruch gilt gemäß den nach Überarbeitung im Vorentwurf vorliegenden Leitlinien der Schutzgutbezogenen Zielkonzepte des Landesweiten Biotopverbundes (<https://mluk.brandenburg.de/n/biotopverbund/Fachdaten/LaPro-Biotopverbund-Text-Kapitel-3-7-Entwurf.pdf>) Folgendes:

„Die erforderliche Mindestbreite von 1000 m sollte nicht unterschritten werden.“ (Kap. 3.7.2.1, 3. Absatz)

Der B-Plan wird diesen Erfordernissen mit der Festsetzung eines 100 m-Korridors nicht hinreichend gerecht. Er ist im Zusammenwirken mit der Gemeinde Milower Land, die unmittelbar nördlich den Bebauungsplan „Solarpark Knoblauch Süd – Sondergebiet Freilandsolaranlage“ aufstellt, mittels B-Plan-Anpassung oder sonst geeigneten Maßnahmen zu gewährleisten.

3) Besonderer Artenschutz

Es ist sicherzustellen, dass nicht infolge von Handlungen aufgrund des B-Plans einschließlich der Durchführung bauvorbereitender Maßnahmen artenschutzrechtliche Verbote gemäß § 44 Abs. 1 BNatSchG [Zugriffsverbote] verletzt werden.

Vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen, sogenannte CEF-Maßnahmen (*continuous ecological functionality measures* → Maßnahmen für die dauerhafte ökologische Funktion) müssen gemäß § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 BNatSchG mit Beginn des (Zugriffs-)Vorhabens bereits wirksam sein. Das heißt sie müssen so rechtzeitig durchgeführt werden, dass zwischen dem dokumentierten Erfolg der Maßnahmen und dem vorgesehenen Eingriff keine zeitliche Lücke entsteht. Außerdem müssen CEF-Maßnahmen in einem sehr engen räumlichen Zusammenhang realisiert werden, damit die betroffene ökologische Funktion dort weiterhin erfüllt wird.

In diesem Zusammenhang wird außerdem darauf hingewiesen, dass für Vorhaben in Gebieten mit rechtskräftigen oder planreifen Bebauungsplänen die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote nach folgender Maßgabe gelten: Sind europäisch besonders geschützte Tierarten einschließlich europäische Vogelarten betroffen, liegt gemäß § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 BNatSchG ein Verstoß gegen das Verbot des Nachstellens und Fangens wild lebender Tiere und der Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung ihrer Entwicklungsformen nach § 44 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG nicht vor, wenn die Tiere oder ihre Entwicklungsformen im Rahmen einer erforderlichen Maßnahme, die auf den Schutz der Tiere vor Tötung oder Verletzung oder ihrer Entwicklungsformen vor Entnahme, Beschädigung oder Zerstörung und die Erhaltung der ökologischen Funktion der Fortpflanzungs- oder Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang gerichtet ist (sogenannte CEF-Maßnahme), beeinträchtigt werden und diese Beeinträchtigungen unvermeidbar sind. Das heißt, dass

beispielsweise für die Vergrämung von Individuen geschützter Arten mittels fachlich anerkannter Methoden oder ihr selektiver Fang mit Hilfe nicht tierschutzwidriger Praktiken und ihre Umsetzung auf eine angrenzende nach fachlich anerkannten Standards qualifizierte Fläche entsprechend eines mit der unteren Naturschutzbehörde abgestimmten Umsiedlungskonzeptes keine artenschutzrechtliche Ausnahme erforderlich ist, sofern es im Zusammenhang mit einem Vorhaben im Bebauungsplan steht, der zu diesem Zeitpunkt rechtskräftig oder planreif ist.

Über die Durchführung und den Erfolg der Ausgleichsmaßnahmen ist die untere Naturschutzbehörde durch den Vorhabenträger unverzüglich und in geeigneter Weise zu unterrichten.

Sofern die Verletzung von Zugriffsverboten des § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BNatSchG [Tötungs- und Verletzungsverbot, Störungsverbot] außerhalb des vorgenannten Rechtsrahmens des § 44 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 BNatSchG liegt und absehbar unvermeidbar oder nicht sicher vermeidbar ist, muss der Verursacher eine artenschutzrechtliche Ausnahme (§ 45 Abs. 7 BNatSchG) von der unteren Naturschutzbehörde einholen.

Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass in der Rechtsfolge des § 19 Abs. 1 Satz 2 BNatSchG eine aufgrund der Aufstellung eines Bebauungsplans beziehungsweise durch vorbereitete Vorhaben absehbare Schädigung von Arten und natürlichen Lebensräumen im Sinne des Umweltschadensgesetzes nur bei zuvor ermittelten nachteiligen Auswirkungen nicht vorliegt, die zulässig sind oder von der zuständigen Naturschutzbehörde genehmigt wurden.

4) Naturschutzrechtliche Eingriffsregelung

Es wird auf die Einhaltung der Regelungen des § 40 Abs. 1 BNatSchG, den Erlass über die Verwendung gebietseigener Gehölze bei der Pflanzung in der freien Natur vom 2. Dezember 2019 ([ABI./20. \[Nr. 9\]](https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/gehoelze_2020), S.203; https://bravors.brandenburg.de/verwaltungsvorschriften/gehoelze_2020) sowie die Handlungsanleitung gebietseigenes Pflanz- und Saatgut zur Umsetzung des § 40 BNatSchG (https://www.ls.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Handlungsanleitung%20gebieteseigenes%20Pflanz-%20und%20Saatgut_Stand%2002.pdf) hingewiesen. Es sind ausschließlich Gehölze und Saatgut aus gebietseigenen Herkünften zu verwenden. Beim Saatgut sollten aus Gründen der Förderung der Biodiversität vorzugsweise kräuterreiche Mischungen festgelegt werden.

Fundstellen der zitierten Rechtsvorschriften:

- BauGB: Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 184) geändert worden ist
- BNatSchG: Bundesnaturschutzgesetz vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2022 geändert worden ist

• **Fachdienst Landwirtschaft**

Der FD Landwirtschaft verweist auf die Hinweise seiner Stellungnahme vom 30.11.2023 unter dem Aktenzeichen 04016-23-60.

• **Untere Jagdbehörde**

Keine Äußerung

• **Fachdienst Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz, Bereich Brandschutz**

Für das Bauvorhaben wird entsprechend dem Arbeitsblatt DVGW W-405 die Bereitstellung einer Löschwassermenge von 800 l/min (48 m³/h) für eine Dauer von zwei Stunden gefordert (bestehend aus einem Anteil von 800 l/min (48 m³/h) für den Grundsatz und einem Anteil von 0 l/min (0 m³/h) für den Objektschutz. Als Löschwasserentnahmestellen können einbezogen werden:

- geeignete offene Gewässer,
- Löschwasserteiche nach DIN 14210,

- Löschwasserbrunnen nach DIN 14220,
- unterirdische Löschwasserbehälter nach DIN 14230 und
- Hydranten (Unter- und Überflurhydranten).

Für Löschwasserentnahmestellen am öffentlichen Trinkwassernetz ist die Ergiebigkeit der Löschwasserentnahmestellen durch das zuständige Wasserversorgungsunternehmen nachzuweisen. Als Ergiebigkeitsnachweis für Löschwasserbrunnen gilt ein Prüfprotokoll eines Fachunternehmens für Brunnenbau (aktueller Nachweis).

Für alle anderen Löschwasserentnahmestellen sind der Brandschutzdienststelle eine Beschreibung der Beschaffenheit und ein Ergiebigkeitsnachweis (Anfahrbarkeit ggf. mit Bilddokumentation, Volumenberechnung) vorzulegen.

Die geforderte Gesamtlöschwassermenge muss in einem Umkreis von max. 300 m zum Bauvorhaben zur Verfügung stehen.

Hinweis:

Der Grundschutz ist bereits während der Bauphase zu gewährleisten [§. 14 BbgBO in Verbindung mit DVGW-W 405]

Es ist mindestens eine geeignete Zufahrt für die Feuerwehr vorzuhalten bzw. ständig benutzbar zu halten und mit einem Zeichen nach DIN 4066-D1-74x210 „Feuerwehrezufahrt“ zu kennzeichnen. Diese muss, insbesondere hinsichtlich der Breite und Tragfähigkeit, nach der „Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr“ ausgeführt sein.

Es sind geeignete Stell- und/oder Bewegungsflächen (z.B. Stell- und Bewegungsfläche, Wendefläche etc.) für die Feuerwehr in Anlehnung an die „Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr“ nach Absprache mit der Brandschutzdienststelle vorzuhalten. [§§ 5 u. 14 BbgBO]

Um einen gewaltfreien Zugang für die Feuerwehr auch außerhalb der Betriebszeiten zu gewährleisten, ist eine Feuerweherschließung zumindest am Tor der Einfriedung erforderlich. Es ist möglich, das Tor mit einem Schloss mit Doppelschließung (1 x Betreiber, 1 x Feuerwehr) auszurüsten oder aber einen Schlüsselrohrtresor zu installieren, in dem der Torschlüssel untergebracht ist. [§ 5 und 14 BbgBO]

Es ist ein Feuerwehrplan (Übersichtsplan) nach DIN 14095 „Feuerwehrpläne für bauliche Anlagen“ zu erstellen. Feuerwehrpläne sind durch textliche Angaben (Objektbeschreibung gemäß Anhang B der DIN 14095) zu ergänzen. Das zeichnerische Grundlayout ist gem. der DIN 14095 vorzunehmen. Die Hinweise zum Erstellen von Feuerwehrplänen des Landkreises PM sind ebenfalls zu beachten. Die Feuerwehrpläne sind vor der Vervielfältigung mit dem zuständigen Mitarbeiter der Brandschutzdienststelle abzustimmen. Die Abstimmung soll bevorzugt durch Zusendung der Unterlagen per E-Mail erfolgen (ungeschützte pdf-Dateien). Vorhandene Feuerwehrpläne sind entsprechend zu aktualisieren bzw. zu ergänzen. Der Betreiber der baulichen Anlage hat den Feuerwehrplan mindestens alle 2 Jahre von einer sachkundigen Person prüfen zu lassen.

Die Prüfung und Freigabe sowie die Verteilung der Unterlagen an die zuständigen Stellen (z. B. Feuerwehr) erfolgt durch die Brandschutzdienststelle. Für die Hinterlegung der Pläne am Objekt (soweit erforderlich bzw. möglich) ist der Eigentümer/Betreiber zuständig. [§ 14; § 2 (4) Pkt. 20 BbgBO]

Weitere Anforderung:

Gemäß DIN VDE 100 Teil 7-12 besteht die Forderung, Photovoltaik-Anlagen mit einem Gleichstrom [= DC] - Lasttrennschalter vor dem Wechselrichter auszustatten. Werden die Wechselrichter nicht in unmittelbarer Modulnähe installiert, so ist ein separater DC-Lasttrennschalter direkt an den Modulen vorzuhalten.

Die Bedienung des „DC-Notausschalters“ muss durch eine manuelle Fernauslösung möglich sein. Diese gilt es gegen unbeabsichtigtes Wiedereinschalten zu sichern. Die Fernauslösung ist im Bereich Elektro-(Haus)-anschlusses anzuordnen.

Die Fernauslösung ist als gelber Druckknopfmelder (RAL 1004) auszuführen. Der „DC-Notausschalter“ ist mit einem Hinweisschild entsprechend der DIN 4066 [105 x 297 mm] zu kennzeichnen. [§ 14; § 2 (4) Pkt. 20 BbgBO]

• **Fachdienst Gesundheit**

Der Fachdienst Gesundheit äußert sich entsprechend § 4 des Gesetzes über den Öffentlichen Gesundheitsschutz im Land Brandenburg (Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz – BbgGDG) vom 23.04.2008 in der aktuellen Fassung zum umweltbezogenen Gesundheitsschutz und damit verbundenen

Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Zur Abwehr akuter gesundheitlicher Schäden sowie gesundheitlicher Langzeitwirkungen werden dem entsprechend erforderliche Maßnahmen getroffen. Das o.g. Vorhaben wurde anhand vorgelegter Begründung, Stand 26.01.2024 und Blendgutachten (SolPEG GmbH, Stand 17.11.2023), fachamtlich bezüglich der Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch geprüft.

Planungsziel ist die Schaffung von Baurecht für die Errichtung einer Photovoltaik-Freiflächenanlage.

Das Landschaftsbild hat für viele Menschen eine sehr hohe Bedeutung, da es zur Erholung, zu einem Sich-Wohlfühlen und damit zur Lebensqualität beiträgt (Frohmann und Schauppenlehner 2020, S. 276 ;Veröffentlichung: Auswirkungen von Solarparks auf das Landschaftsbild, Kompetenzzentrum Natur und Energiewende, 2020).

Zur Vermeidung von Konfliktpotential wird in Bezug auf das Schutzgut Mensch, menschliche Gesundheit daher auf natürlichen Sichtschutz auf die Solaranlage durch Hecken- und Baumstreifenbepflanzung hingewiesen.

Es ergehen zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.

- **Fachdienst Denkmalschutz und Öffentliches Recht, Bereich Untere Denkmalschutzbehörde**

Die Belange des Denkmalschutzes finden ausreichend Berücksichtigung.

Freundliche Grüße
Im Auftrag



M. Dorn